



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Benjamin Adjei, Kerstin Celina, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Toni Schuberl, Florian Siekmann und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Haushaltsplan 2026/2027;

**hier: Kompetenzaufbau zur Bekämpfung von Desinformation und Stärkung der gesellschaftlichen Informationskompetenz
(Kap. 10 07 Tit. 684 67)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2026/2027 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 10 07 wird der Ansatz im Tit. 684 67 (Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen für generationenübergreifende Maßnahmen und Projekte) für das Jahr 2026 von 566,7 Tsd. Euro um 1.000,0 Tsd. Euro auf 1.566,7 Tsd. Euro erhöht.

In Kap. 10 07 wird der Ansatz im Tit. 684 67 (Zuschüsse für laufende Zwecke an soziale oder ähnliche Einrichtungen für generationenübergreifende Maßnahmen und Projekte) für das Jahr 2027 von 566,7 Tsd. Euro um 1.000,0 Tsd. Euro auf 1.566,7 Tsd. Euro erhöht.

Begründung:

Die Mittel sind für Projekte im Bereich der Jugend- und Erwachsenenbildung vorzusehen.

Bildung liegt in der Kompetenz der Bundesländer. Es ist daher Landesaufgabe, den Bildungssektor fit gegen Desinformation und Informationsmanipulation zu machen, innerhalb und außerhalb der Schulen. Eine solche Strategie soll folgende Ziele verfolgen: Widerstandskraft stärken, kritisches Denken anregen und Informations- sowie Nachrichtenkompetenz fördern. Einen Teil von einer generationsübergreifenden Bildungsstrategie gegen Informationsmanipulation ist die außerschulische Vermittlung von Nachrichtenbildung und Medienbildung, um auch Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, die nicht mehr durch Bildungsinstitutionen zu erreichen sind.